



Arguliner: Faires Wahlrecht

Vorbemerkung: Es gibt zwei wesentliche Argumentationslinien: Über das Verfahren und über die 3-Prozenthürde an sich. Es ist in der Regel einfacher, zum Verfahren zu argumentieren, auch wenn die Argumente zur 3-Prozenthürde natürlich nicht schlecht sind.

Mögliche Ansprachen und Argumentationslinien, je nach persönlicher Vorliebe aus den folgenden auswählen und ggf. durch eigene ergänzen:

Zum Verfahren:

- "Die großen Parteien in der Bürgerschaft versuchen, das Wahlrecht zu ihren Gunsten zu ändern." ("Damit sie mehr Macht bekommen.")
- "Das Landesverfassungsgericht hatte die bisherige Hürde für verfassungswidrig erklärt. Darüber setzt sich die jetzige Änderung hinweg."
- [Es empfiehlt sich die ehemalige Hürde nicht 5%-Hürde zu nennen, da dies zu Verwirrung führen kann.] Zumal seit einem Jahr eh keine Prozenzhürde mehr existierte.
- "Das Wahlrecht in Hamburg wurde über Volksbegehren erkämpft. Jetzt versuchen die Parteien mit allen Mitteln, das Wahlrecht wieder einzuschränken."
- "Wenn in Hamburg das Wahlrecht geändert wird, dann per Volksentscheid. Diejenigen, die gewählt werden wollen, dürfen nicht über das Wahlrecht entscheiden, sondern die Wählerinnen und Wähler müssen die Entscheidung treffen, also wir. Deswegen sammeln wir bis zum 17.3. 40.000 Unterschriften, damit es zum Volksentscheid über die 3-Prozenthürde kommt."

(Der Hinweis auf die Unterschriften erinnert daran, dass das Sammelziel sehr schwierig zu erreichen ist und dass man noch nicht über die Sache selbst abstimmt, sondern "nur" den Volksentscheid und die gesellschaftliche Debatte über das Thema ermöglicht. Das überzeugt viele Menschen.)

- "Die großen Parteien versuchen immer wieder das Wahlrecht zu ihren Gunsten zu ändern. Auf allen Ebenen: Letztes Jahr auf Europaebene [Einführung der 3%-Hürde], auf Bundesebene [Aufblähung des Parlaments durch Ausgleichsmandate für Überhangmandate statt das bestehende Problem (negatives Stimmgewicht, siehe wahlrecht.de) durch Mehrmandatswahlkreise, Alternativstimmen o.ä. zu lösen] und jetzt auf Bezirksebene in Hamburg. Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass dieses Vorgehen nicht Schule macht. Der Respekt vor dem Wahlrecht und den Bürgerinnen und Bürgern muss zur politischen Kultur werden in Hamburg / Deutschland."

- "Das Hamburgische Verfassungsgericht hatte ja die bestehende Hürde letztes Jahr für verfassungswidrig erklärt. Um sie jetzt wieder einzuführen, haben sich SPD, CDU und Grüne den Trick ausgedacht, sie gleich in die Verfassung zu schreiben, damit die 3%-Hürde gleichrangig neben den Wahlgrundsätzen wie Chancengleichheit der Parteien und Gleichgewichtung der Wählerstimmen steht. Mit diesem Trick könnten sie aber später auch eine 10% Hürde einführen."

3%-Hürde:

- "Die Hürde ist vom Hamburgischen Verfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt worden. Und zwar aus zwei Gründen: Einerseits verstieß sie gegen den Grundsatz der Chancengleichheit der Parteien und außerdem gegen den Grundsatz der Gleichgewichtung der Wählerstimmen. "
- "Die Wahlgrundsätze dürfen nur durch eine 3%-Hürde eingeschränkt werden, wenn ohne Hürde die Funktionsfähigkeit von Parlament und Regierung wesentlich eingeschränkt wären. Das ist sie aber bei den Hamburger Bezirksversammlungen (im Gegensatz z.B. zum Bundestag) aus verschiedenen Gründen nicht: Die Bezirksversammlungen wählen keine Regierung, die stabile Mehrheiten braucht und in Hamburg kann sogar der Senat Entscheidungen der Bezirksversammlungen jederzeit an sich ziehen und selbst entscheiden."
- Gleichgewichtung der Stimmen: "Durch ein Hürde werden unnötigerweise bei jeder Wahl viele Stimmen einfach in den Papierkorb geworfen. Stimmen von Menschen, die eine Partei wählen, die nicht über die Hürde kommt, haben keine Auswirkung auf die Zusammensetzung der Bezirksversammlung, Stimmen von Wählerinnen und Wähler der großen Parteien dafür umso mehr."

Fragen und mögliche Antworten:

- "Besteht ohne die 3-Prozenthürde nicht die Gefahr, dass die NPD/rechte Parteien ins Parlament kommen?"
 - "Ich finde auch, dass wir uns kritisch mit Parteien wie der NPD auseinander setzen müssen / ..., Parteien wie die NPD bekämpfen müssen. Allerdings glaube ich nicht, dass es der richtige Weg ist, demokratiefeindliche Parteien über eine Einschränkung des demokratischen Wahlrechts zu bekämpfen. Die Einschränkung der Demokratie ist ja ein Ziel der rechtsextremen."
 - "Der Schaden durch die 3-Prozenthürde ist größer als der Schaden, den die NPD mit einem Sitz in einer Bezirksversammlung anrichten könnte. NPD-Vertreter wären in Bezirksversammlungen in Hamburg total isoliert und die Mitgliedschaft in der Bezirksvertretung ist ehrenamtlich, die Partei würde dadurch nicht finanziert werden."
 - "Das Begehren führt erstmal nur dazu, dass die Einführung der 3-Prozenthürde in einem Volksentscheid von den Bürgerinnen und Bürgern in Hamburg abgestimmt wird. Wenn das Wahlrecht geändert wird, sollten darüber nicht die Parteien, sondern die Wählerinnen und Wähler entscheiden."

- "Die Bezirksversammlungen haben sowieso wenig zu entscheiden. Ob 3%-Hürde oder nicht, das ist mir egal."
 - "Es geht um das Verfahren, dass die Parteien im Parlament ihre Mehrheit dazu nutzen, das Wahlrecht zu ihren Gunsten zu verändern. (Wenn das Wahlrecht verändert werden soll, muss darüber die Bevölkerung, also wir, abstimmen.) (Ihre Unterschrift ermöglicht also, dass über die 3%-Hürde abgestimmt werden kann und eine ergebnisoffene Debatte in Hamburg darüber geführt werden kann.)"
- "Ich bin für die 3% Hürde [z.B. Wähler*innen von CDU, SPD, Grüne]. Warum sollte ich unterschreiben."
 - "Es geht um das Verfahren...[siehe oben]. Wenn das zur politischen Kultur wird, kann das gegen jede Partei gehen. (In NRW z.B. wurde das Wahlrecht zur Bürgermeisterwahl mehrmals hin- und her geändert, je nachdem ob die CDU oder SPD gerade die Koalition geführt haben, jeweils zu ihren Gunsten. Die Bürgerrechte stehen dabei im Hintergrund."
- "Das ist mir zu kompliziert. / Das kann ich hier auf der Straße nicht entscheiden. / Kann ich mir das zu Hause nochmal überlegen?
 - Ja, selbstverständlich. Ich gebe Ihnen den Flyer mit einer U-Liste mit, da steht nochmal alles drauf und auch unsere Internetadresse, auf der Sie sich informieren können. Wir brauchen bis zum 17.3. 40.000 Unterschriften, damit es zum Volksentscheid kommt. Auf der Liste ist Platz für fünf Unterschriften. (Wenn wir Sie überzeugen können, können Sie ja gleich noch die Liste voll machen.)
- "Ich möchte meine persönlichen Daten nicht weitergeben." / "...auf der Straße eintragen."
 - "Das Begehren ist ein offizieller Vorgang, bei dem Datenschutz vorgeschrieben ist. Außer für dieses Verfahren dürfen wir Ihre Daten nicht verwenden, dann würden wir uns strafbar machen und den Erfolg unserer Kampagne riskieren. Hier unten auf der Unterschriftenliste steht es auch nochmal. (ggf. Vorlesen)"
 - "Nein, trotzdem nicht."
 - "Das ist ok, das respektiere ich vollkommen." Ich gebe Ihnen einen Flyer mit, da ist eine Unterschriftenliste mit dabei. Damit können Sie sich zu Hause ausführlich informieren und dann schauen, ob sie unterschreiben möchten und uns dann die Liste zuschicken bzw. direkt im Bezirksamt abgeben."